

Betreff:

Geplanter Trassenbau
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 23.06.2021 -

Antragstext:

Im Sommer 2022 soll mit dem Bau einer sechs Kilometer langen Hochspannungstrasse, die durch die Gemarkungen Medenbach, Igstadt, Kloppenheim und Bierstadt führt, begonnen werden. Diese soll die Versorgungssicherheit der Wiesbadener und Rheingauer Stromnetze sicherstellen. Die betroffene/n Bürgerinnen und Bürger, Grundstückseigentümer*innen, Landwirte, Jagd- und Forstwirtschaft, Interessenverbände und verantwortlichen politischen Gremien (Ortsbeiräte) wurden jedoch erst in den letzten Wochen verspätete und unzureichende über den geplanten Trassenbau informiert. Bei einem so erheblichen Eingriff in landwirtschaftliche Flächen, Naturräume und Erholungsgebiete, ist nicht nachvollziehbar, warum eine frühzeitige Beteiligung nicht erfolgen konnte.

- I. Der Umweltausschuss möge daher beschließen, der Magistrat wird gebeten zu berichten,
 1. ab welchem Zeitpunkt der Magistrat in die Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens involviert war und ab wann und in welcher Form das Umweltamt informiert und eingebunden wurde,
 2. welche sonstigen Akteure öffentlicher Belange in diese Vorbereitungen involviert waren,
 3. auf welchen Rechtsgrundlagen das Verfahren betrieben wird bzw. werden soll,
 4. ab welchem Zeitpunkt die Grundstückseigentümer informiert wurden,
 5. wie den Belangen der betroffenen Ortsbezirke angemessen Rechnung getragen werden kann
 6. welche alternativen Trassenführungen bislang geprüft wurden, insbesondere soll dargestellt werden,
 - a. ob ein Streckenverlauf entlang bestehender Infrastruktur, z.B. vom Knoten Diedenbergen entlang der A66 in Richtung Innenstadt möglich wäre,
 - b. ob und wie die Freileitung von Bischoffsheim nach Wiesbaden-Ost ggf. gegen ein Trassenentgelt von der Syna genutzt werden kann,
 - c. ob und wie die Freileitung von UA Marxheim nach Mechthilshausen genutzt werden kann,
 - d. ob und wie die Freileitung von Niedernhausen nach Eltville und Wiesbaden-Ost genutzt werden kann
 - e. ob und wie eine geplante Freileitung von Rüsselheim nach Wiesbaden-Ost genutzt werden kann.
 7. die Syna GmbH möge darstellen unter welchen Voraussetzungen eine Überspannung des Tals in der Gemarkung Medenbach mit nur zwei Masten möglich wäre,
 8. wie die weitere Vorgehensweise in Bezug auf das Planfeststellungsverfahren gedacht ist
 9. welche möglichen gesundheitlichen Risiken mit der geplanten Hochspannungstrasse einhergehen könnten bzw. nicht auszuschließen sind,
 10. wurde dem Faktor Umwelt- und Naturschutz vorher ausreichend Rechnung getragen, ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen,
 11. welche geschützten und bedrohten Tier- und Pflanzenarten von den Maßnahmen betroffen werden und wie diese geschützt werden können,
 12. wie soll die mit der Baumaßnahme verbrauchte und folgend vollversiegelte Fläche ausgeglichen werden,
 13. ist das planfeststellungsbedürftige Vorhaben mit der bestehenden Bodennutzung vereinbar,

Antrag Nr. 21-F-55-0015

Linke

14. ob es stimmt, dass laut einem Bericht des Syna gemäß § 14 Abs. 1 b EnWG vom 05.08.2020 (siehe Anlage) das Projekt bereits gemäß Ziffer 13 im Zuge der Netzentwicklungsplanung aufgegeben wurde. Falls ja, was die Syna bewegt hat, Ihre Meinung zu ändern.

- II. Der Magistrat wird weiterhin gebeten, eine vergleichende Darstellung der Möglichkeiten einer Erdverkabelung und eines oberirdischen Stromtrassenbaus vorzulegen. Hierbei soll insbesondere auf den Flächenbedarf, Eingriffe in den Naturraum, zu erwartende Emissionen sowie der Kosten eingegangen werden.

Wiesbaden, 23.06.2021

gez. Nina Schild
Stadtverordneter

f.d.R. Uwe von Massenbach
Fraktionsreferent